

Made in Germany, wohin?

Das Ausland schätzt uns immer noch sehr: Deutsche Unternehmen produzieren die hochwertigsten Produkte, Made-in-Germany ist über jeden Zweifel erhaben, deutsche Bildungs- und Sozialsysteme geben Beispiel und deutscher Erfindergeist bleibt das Maß aller Dinge.

Von innen besehen jedoch kommen Zweifel auf an der Zukunftsfähigkeit unserer Industrienation. Da helfen auch gut gemeinte mediale Beschwörungen nicht, die mit viel Geld klären wollen, wer denn nun Deutschland sei. Auch der Hype um unsere „hidden champions“, den so viel bemühten Mittelstand, ist zwar gut gemeint, lenkt aber ab von den immer weiter wachsenden Problemen gerade dieser Made in Germany prägenden Unternehmen. Noch bietet Deutschland mit seinem dualen Bildungssystem, seinem dichten Netz von Hochschulen und seinem soliden, korruptionsfreien Rechtssystem gute Standortfaktoren. Doch Sturm kommt auf: Universitäten sind unterbudgetiert, in Scharen verlassen mühsam ausgebildete Fachkräfte ihre Heimat. Gewinnsteigerungen erfolgreicher Unternehmen gehen an breiten Bevölkerungsschichten spurlos vorbei, steigende Belastungen treiben Betriebe und Individuen in die Verzweiflung. Was steuern soll, verhindert. Wer steuern soll, verharret. Mutige Ideen oder Projekte? Fehlanzeige! Mutige Steuerleute? Dringend gesucht!

Wann wurden die letzten wegweisenden Ideen nicht nur von deutschen Ingenieuren entwickelt, sondern auch hierzulande umgesetzt und produziert? Telefax, Mobiltelefon, Tonband, Senkrechtstarter und Transrapid sind traurige Beispiele des Verpassens, aber auch des Totdiskutierens. Nur wird vom Verpassen und Diskutieren keine Familie satt. Es fehlt uns Mut zum Risiko, zum Fehlschlag, zum Experiment. Dies gilt für jeden Einzelnen und erst recht für die Politik, die sich mutiger engagieren muß für die Interessen unserer Industrienation. Nur in Deckung zu bleiben bis zur nächsten Wahl rettet den eigenen Kopf, nicht aber das Land. Eine neue „Philosophie der Verantwortung“ könnte immense positive Energien freisetzen und deutlich zur

Überwindung der beklagenswerten Industrie- und Struktur-skepsis beitragen.

Deutschland hat zweifelsfrei das Potential, auch zukünftig ganz vorne bei den führenden Industrienationen mitzuspielen. Made in Germany und das Bewußtsein um seine Bedeutung ist ein wichtiger Baustein dazu. Seit 2004 fördert unsere Initiative Ja-zu-Deutschland.de dieses Bekenntnis zu Qualität und Verantwortung und informiert über Produkte sowie Hersteller. Unser streng überprüftes Made-in-Germany Siegel ist inzwischen ein begehrtes Gütezeichen und unsere „Wer produziert hier“-Datenbank wurde zur größten Online-Plattform für in Deutschland hergestellte Waren.

Wir alle sollten beitragen, den Produktionsstandort Deutschland zu erhalten und zu fördern. Sagen auch Sie „Ja“ zu Deutschland.



Sascha Rabe,
Gründer der Initiative „Ja zu Deutschland“



INHALT

Vom Aschenputtel zur Prima Ballerina	4
Zurück in die Heimat	5
Duschen wie in Deutschland	5
IT in Deutschland: Sicher und umweltbewusst	6
Deutsche Software auch im Export stark	7
Energie in Deutschland	8
Dünne Luft in der Spitzenforschung	11
Die „Heimlichen Helden“ der deutschen Wirtschaft	12
Deutsche Dienstleistungen auch im Ausland gefragt	13
Entscheidend ist die Qualität	14
Entwicklungsfreudige Wirtschaft	15

**MEDIA
PLANET**

Made in Germany – Produziert von Mediaplanet



Projektleiter:
Arlo David, +49 (0)30 887 11 29 40 (Foto)
Business Development: Tanja Alberth
Produktion, Layout: Christina Liefke
V.i.S.d.P.: Christian Züllig, Mediaplanet

Fotos: iStockphoto.com
Text: Jost Burger, Sarah Wagner, Holger Franck, Petra
Kaiser, Andreas Förster, Christoph Endell
Druck: Frankfurter Societätsdruck

GASTBEITRAG: GEZ

Im öffentliche Auftrag

Viel Aufregung gab es im letzten Jahr um die GEZ, als für die so genannten „neuartigen Rundfunkgeräte“, wie internetfähige PCs oder Handys, Gebühren eingeführt wurden. Ein Interview mit Hans Buchholz, Geschäftsführer der GEZ, über Wahrnehmung und Wirklichkeit einer deutschen Institution.

? Wie viele neuartige Rundfunkgeräte wurden denn nun angemeldet?

Im Jahr 2007 wurden rund 120.000 neuartige Rundfunkgeräte angemeldet, davon 20.000 sogar aus dem privaten Bereich. Das entspricht auch unseren Erwartungen von 100.000 gewerblichen Anmeldungen, aber nicht im Ansatz den Horrorszenerarien, die manche Wirtschaftsverbände entworfen hatten. Wer Radio oder Fernseher bereits für einen Haushalt oder Standort angemeldet hat, zahlt nicht zusätzlich für die neuartigen Geräte wie Handys oder internetfähige PCs. Leider kam dieser Aspekt in den meisten Berichterstattungen nicht richtig zur Geltung.

? Manche Menschen sind verunsichert, wenn sie nach einem Umzug

gleich von Ihnen angeschrieben werden.

Sie können beruhigt sein, es geht bei uns alles mit rechten Dingen zu und gemäß den gesetzlichen Regelungen. Um unseren Auftrag erfüllen zu können, bekommen wir neben angemieteten Adressen auch die so genannten Veränderungsdaten, wie Umzugsdaten oder Sterbefälle, von den meisten Einwohnermeldeämtern in regelmäßigen Zeiträumen übermittelt. Nach dem Abgleich mit unseren Datenbanken werden die Adressen der Personen, die bereits Geräte angemeldet haben, direkt wieder gelöscht. Diejenigen, die noch nicht angemeldet sind, erhalten Informationschreiben. Danach werden auch diese Adressdaten nach den gesetzlichen Fristen gelöscht. Auf keinen Fall geben wir Adressen heraus oder handeln gar mit ihnen.

Anders als bei einigen privatwirtschaftlichen Unternehmen hat das Thema „Datenschutz“ bei uns höchste Priorität. Wir haben eine betriebliche Datenschutzbeauftragte und werden zusätzlich von externen Fachleuten geprüft.

? Wer bezahlt eigentlich die GEZ?

Was an Rundfunkgebühren von den Teilnehmern auf unseren Konten landet, wird ohne einen Cent Abzug an die Empfänger – also die Landesrundfunkanstalten der ARD, das ZDF und das Deutschlandradio – weitergeleitet. Im Jahr 2007 waren das rund 7,3 Milliarden Euro. Für die Erfüllung unserer vielfältigen Aufgaben, zu denen auch die Befreiungsbearbeitung zählt, werden wir gemeinsam von den Sendeanstalten bezahlt



Hans Buchholz, Geschäftsführer der GEZ

– im vergangenen Jahr mit knapp 160 Millionen Euro, das entspricht nur 2,18 % der Gesamterträge. Damit arbeiten wir deutlich günstiger als manche Steuerbehörde, die z.B. für den Einzug der Kirchensteuer ca. 3,5 % in Rechnung stellt.